

Günter Saathoff, Vorstand der Stiftung EVZ

Manuskript zum

Grußwort zur Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag des Deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, 22.6.2016, Berlin-Schlüterhof (DHM)

Es gilt das gesprochene Wort ! (u.a. Textstellen in Klammern werden ggf. aus Zeitgründen weggelassen; Sperrfrist: Redebeginn)

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

Exzellenzen und Abgeordnete,
sehr geehrte Partner dieser Gedenkveranstaltung,
sehr geehrte Damen und Herren,

Danke, dass Sie alle zu dieser Veranstaltung gekommen sind. Wir werden uns heute inhaltlich etwas kürzer fassen als geplant. Wenn wir damit dazu beitragen, dass Sie, verehrte Abgeordnete, an einer Debatte des Deutschen Bundestages zu diesem historischen Anlass teilnehmen können, dann freuen wir uns darüber und treten gerne ein Stück zurück.

Das gilt aber nicht für die Klarheit in unseren Standpunkten. Wir als Veranstalter sehen den Überfall auf die Sowjetunion im Jahre 1941, heute vor 75 Jahren, als Beginn eines Krieges an, der von Anfang an als Weltanschauungs- und rassistisch motivierter Vernichtungskrieg geplant war und dem schließlich 27 Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Das Verbrechen eines Angriffskrieges war unmittelbar nach dem Krieg Gegenstand der Nürnberger Prozesse.

Ab den 60er Jahren stellte man sich in der Bundesrepublik nach und nach der umfassenden Aufarbeitung des Holocaust.

Erst im Jahre 1997 war es jedoch soweit, dass der Deutsche Bundestag in einer EntschlieÙung zu der Feststellung kam:

„Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.“ Man würde heute unbedingt hinzufügen müssen: es war ein „rassepolitisch motiviertes Verbrechen“.

Dabei war Anlass und Gegenstand dieser zitierten EntschlieÙung des Jahres 1997 gar nicht, einen Beitrag zur Erinnerungskultur in Bezug auf den Überfall auf Polen und danach auf die Sowjetunion zu leisten. Ihr zugrunde lag 1997 die quälende Frage, ob sich ein Deserteur dieser Kriegsmaschinerie entziehen durfte, ob er dadurch Vaterlandsverrat und Verrat an seinen Kameraden beging oder ob es sogar noch die Bundeswehr im Ansehen beschädigte, würde man Deserteure als NS-Opfer anerkennen.

Dies illustriert exemplarisch, gegen welche inneren Widerstände sich eine an Wahrheit, Aufrichtigkeit und Verantwortung orientierte Erinnerungskultur zur Anerkennung von nationalsozialistischem Unrecht über Jahrzehnte zu entwickeln und bewähren hatte.

Erst Recht gilt dies, wenn es um die den Umfang der Verbrechen im Osten ging. Ein Durchbruch unseres Bewußtseins war im Hinblick auf die Qualifizierung dieses Unrechts und zugleich Würdigung seiner Opfer als NS-Opfer politisch offensichtlich wohl erst möglich, nachdem 1989 der Kalte Krieg überwunden war.

Der zweite Grund war, dass es zugleich eine gesellschaftliche Dynamik in Deutschland gab, eine Bewegung vor Ort, die auch die Politik, Bundesregierung und Bundestag, zum Umdenken und zum Handeln aufforderte.

Es war kein Zufall, dass der vor über 20 Jahren formulierte „Stukenbroker Appell“ nicht nur zur Bewusstwerdung über die grausame Behandlung der sowjetischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen in Deutschland beitrug.

Er stellte auch eine Initialfunktion für die Forderung dar, endlich die Zwangsarbeit als NS-Unrecht anzuerkennen und eine Entschädigung dafür vorzusehen. Nicht ohne Grund ist unser Bundespräsident im letzten Jahr just an diesen Ort gegangen.

Erinnerungskultur leistet seelische Schwerarbeit, soweit sie sich der eigenen Unrechtsgeschichte stellt. Es bedarf etwa großen Mutes und Kraft, Verleugnung zu überwinden und einzugestehen, dass als Folge deutscher Politik 27 Millionen Menschen in der Sowjetunion ihr Leben verloren. Dies war umso schwieriger, als infolge dieses Krieges auch Millionen eigener Soldaten und Zivilisten ihr Leben verloren oder später Unrecht erfuhr.

Von daher dürfen wir (als Wissenschaftler) uns nicht wundern, dass ein solcher Bewusstwerdungsprozess lange dauerte. Dies ist keine Rechtfertigung, sondern eine bedauerliche Feststellung.

Für uns ist die Diskrepanz aber nach wie vor zu groß zwischen der Wucht der historischen Ereignisse und dem Modus unserer Erinnerung daran. Dies markiert deshalb nach wie vor ein „Unbehagen in unserer Erinnerungskultur“, das überwunden werden muss.

Uns beschäftigt dabei nicht nur die Frage, ob wir bezüglich unserer zentralen Gedenkorte in Berlin für die verschiedenen Opfergruppen noch ein Defizit haben. Aktuell steht insbesondere die förmliche Anerkennung der sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Opfer auf der Tagesordnung. Es gibt inzwischen für die wenigen hundert Überlebenden, um es auf den Punkt zu bringen, „einen finanziellen Anerkennungsbetrag“ - aber ohne förmliche Anerkennung als Opfer von NS-Unrecht.

Ich wünsche mir, dass noch einige der Betroffenen einen würdevollen Abschluss dieser Debatte erleben werden. Die symbolische Bedeutung eines solchen Aktes weist weit über den Kreis der Betroffenen hinaus. Dieser markiert vor allem eines: wir stellen uns unserer Geschichte sowie tausendfach ihren Zeugnissen in unserem Lande – *das Schaubild hinter mir verdeutlicht dies* - und leisten damit, so hoffen wir, zugleich einen Beitrag auch zu einer europäischen Erinnerungskultur.

Wir ermutigen andere, auf uns zuzugehen, weil wir auf sie zugegangen sind. Das beweist täglich die Erfahrung sowohl des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und von Aktion Sühnezeichen wie die international von uns geförderte Projektarbeit.

Wir haben zum Beispiel das große Projekt eines Internetportals für die Erinnerungsorte in Deutschland unterstützt, da es Ausdruck einer gemeinsamen Verantwortung Deutschlands und – aus unserer Sicht - ebenso der Nachfolgestaaten der Sowjetunion für eine gemeinsame Geschichte ist.

Sowjetische Zivilarbeiter, Soldaten wie Kriegsgefangene waren u.a. in ihrer Volkszugehörigkeit Armenier, Balten, Belarussen, Georgier, Russen, Ukrainer etc. Die heutige Teilnahme der Botschaften illustriert diese Breite. Und nicht zu vergessen: Hunderttausende Juden in der Sowjetarmee kämpften gegen die Wehrmacht; wussten sie doch, dass ihnen als Kriegsgefangene der sichere Tod bevorstand.

Eine an Wahrheit und Versöhnung orientierte Erinnerungskultur stellt sich zugleich gegen jede politische Instrumentalisierung. Deswegen wollen wir auch keine staatlich verordnete, „richtige“ Erinnerungskultur, sondern allein zu bestimmten Grundfragen klare Signale der Politik.

Ansonsten wünschen wir uns eine Ermutigung der Politik zu einem multiperspektivischen Diskurs in unserer Gesellschaft und im Dialog mit Initiativen aus anderen Ländern, die von diesem Unrecht betroffen waren.

Mit dieser Haltung wollen wir als Bündnis, das die heutige Veranstaltung verantwortet, unseren Beitrag zur Erinnerungskultur leisten.